

Bericht

des Ausschusses für Familie und Jugend

über den Antrag 342/A(E) der Abgeordneten Barbara Neßler, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes und der psychosozialen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen

Die Abgeordneten Barbara **Neßler**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 18. Juni 2025 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Der Amoklauf an einer Schule in Graz am 10. Juni 2025 ist eine nationale Tragödie, die unser ganzes Land tief erschüttert hat. Mitten im Schulalltag, an einem Ort, der Sicherheit, Bildung und Vertrauen bieten soll, wurde brutale Gewalt verübt. Junge Menschen wurden aus dem Leben gerissen, ihre Familien und Freund:innen schwer traumatisiert. Die Betroffenheit und Trauer reichen weit über die Grenzen der Stadt hinaus – ganz Österreich steht in Solidarität an der Seite der Angehörigen.

Schulen müssen Orte der Sicherheit, der Zuversicht und des Zusammenhalts sein. Dass dieser geschützte Raum in seinen Grundfesten erschüttert wurde, lässt uns fassungslos zurück. Umso klarer ist: Es darf kein bloßes Zurück zur Tagesordnung geben. Der Schmerz und die Trauer müssen in politische Verantwortung münden – in konkrete Maßnahmen, die darauf abzielen, solche Taten künftig zu verhindern.

Erforderlich ist jetzt eine tiefgehende Analyse der möglichen Ursachen und der bestehenden Strukturen. Prävention muss dabei im Mittelpunkt stehen: in den Schulen, in der psychosozialen Versorgung sowie im Umgang mit Waffen in unserer Gesellschaft. Denn Gewalt hat in einer demokratischen, offenen und friedlichen Gesellschaft keinen Platz. Unser Ziel muss eine Freiheit von Gewalt sein – und damit auch eine Freiheit von Waffen.

Neben dem Ausbau der psychosozialen Versorgung braucht es verstärkt Unterstützungsangebote auch im außerschulischen Bereich. So berichtet etwa „Rat auf Draht“, dass die Zahl der Beratungsgespräche nach dem Anschlag sprunghaft angestiegen ist. Viele Kinder und Jugendliche haben Angst, dass sich Ähnliches auch in ihrem Umfeld ereignen könnte. Auch viele Eltern fühlen sich überfordert und wissen nicht, wie sie mit ihren Kindern über diese schwierigen Themen sprechen sollen. Dieses Gefühl der Ohnmacht betrifft nicht nur Extremsituationen wie den Anschlag in Graz – psychische Belastungen prägen zunehmend den Alltag junger Menschen.

Mehrfache gesellschaftspolitische Krisen, Zukunftsängste sowie digitale Phänomene wie Sextortion und Cybermobbing führen zu großer Verunsicherung und Angst. Diese Mischung birgt das Risiko einer zunehmenden Eskalation. Der Amoklauf in Graz zeigt nochmals deutlich, dass es insgesamt mehr Anstrengungen braucht, um eine qualitativ hochwertige psychologische Versorgung für Kinder und Jugendliche sicherzustellen und dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden.“

Der Ausschuss für Familie und Jugend hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 01. Juli 2025 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Abgeordnete Barbara **Neßler** die Abgeordneten Lukas **Brandweiner**, Paul **Stich**, Michael **Gmeindl**, Mag. Gertraud **Auinger-Oberzaucher** und Lisa **Schuch-Gubik**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Barbara **Neßler**, Kolleginnen und Kollegen nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**für den Antrag: G, dagegen: F, V, S, N**).

Im Zuge der Debatte haben die Abgeordneten Mag. Johanna **Jachs**, Paul **Stich**, Mag. Gertraud **Auinger-Oberzaucher**, Kolleginnen und Kollegen einen selbständigen Entschließungsantrag gem. § 27 Abs. 3 GOG-NR betreffend Verstärkung und Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen eingebracht, der einstimmig beschlossen wurde.

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Lukas **Brandweiner** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Familie und Jugend somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle

1. diesen Bericht hinsichtlich des Entschließungsantrags 342/A(E) zur Kenntnis nehmen und
2. die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2025 07 01

Lukas Brandweiner

Berichterstattung

Mag. Johanna Jachs

Obfrau